

Positionspapier

des Landesvorstandes von Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein zum Außenministertreffen der G7-Staaten in Lübeck

Der Landesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein wird das Außenministertreffen der G7 am 14. und 15. April in Lübeck wie auch das G7-Gipfeltreffen im Juni in Elmau kritisch begleiten. Dazu gehören sowohl eine inhaltliche Auseinandersetzung mit den dort zu behandelnden Themen wie eine klare Ablehnung jeglicher Gewalt. Auch von den Demonstrierenden erwarten wir jederzeit gewaltfreie Proteste nach den Regeln unserer Demokratie. Wir Grüne wollen die deutsche Präsidentschaft zum Anlass nehmen, um Gegenpositionen zu den Themen der diesjährigen Treffen und zur Politik der Industrienationen deutlich zu machen.

Dem Gremium der G7 gehören derzeit die USA, Großbritannien, Kanada, Japan, Frankreich, Deutschland und Italien an, nachdem Russland im Zuge der Krimkrise ausgeschlossen wurde. Die Europäische Kommission hat Beobachterstatus. Deutschland ist Gastgeber aller diesjährigen Treffen.

Da die wirtschaftlich starken Nationen die G7-Treffen vor allem dazu nutzen, ihre eigenen Interessen abzustimmen und international durchzusetzen, werden die Treffen zu Recht für ihre fehlende Legitimität kritisiert. Die Regierungen der G7-Staaten werden bisher ihrer globalen Verantwortung nicht gerecht, u.a. gehören sie zu den größten Waffenexporteuren der Erde, zu den größten Verbrauchern von Rohstoffen und Energie und den größten Verursachern klimaschädlicher Gase. Für viele weltweite Probleme, unter deren Folgen oft die ärmeren Länder in besonders hohem Maße leiden, tragen deshalb die G7-Staaten als informelle Runde eine besondere Verantwortung.

Beim Außenministertreffen in Lübeck wird es vor allem um die Themen Ukraine, ISIS und Ebola gehen. Dabei wird deutlich, wie absurd der Versuch ist, die Probleme der Ukraine oder des Nahen Ostens ohne Einbindung Russlands lösen zu wollen. Eine Wiederherstellung der europäischen Sicherheitsarchitektur kann nur mit russischer Beteiligung gelingen. Doch selbst in der Runde der G8 würden die Gespräche immer noch ohne die Betroffenen stattfinden. Die Interessen der Menschen in der Ukraine gilt es aber vor allem zu berücksichtigen, und die G7 dürfen ihren Einfluss dort nicht für ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen missbrauchen. Für uns Grüne sind Gespräche zu Sicherheitsfragen nur im gesamteuropäischen Kontext oder auf Ebene der Vereinten Nationen sinnvoll.

Die deutsche G7-Präsidentschaft fällt in ein Jahr, in dem die Weltgemeinschaft über neue Klimaziele nach dem Auslaufen des Kyoto-Protokolls sowie über eine globale Nachhaltigkeitsagenda, die auf die Millenniumentwicklungsziele folgt, verhandeln und entscheiden wird. Damit wird 2015 zu einem Schlüsseljahr, das für die nächsten 15 Jahre entscheidend ist. Es geht um nichts weniger als die Frage, wie die Weltgemeinschaft globale Gerechtigkeit und den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen erreichen kann: Durch die Bekämpfung von Hunger und Armut, durch die Überwindung der sich zwischen

und innerhalb von Staaten vergrößernden Kluft von Arm und Reich und durch die Anpassung und Eindämmung des Klimawandels. Im Sinne der besonderen Verantwortung der Industriestaaten wird von den G7 ein wichtiger Impuls zum Gelingen – oder Scheitern – dieser Verhandlungen ausgehen. Die G7-Präsidentschaft und das Gipfeltreffen der acht führenden Industrienationen im Sommer 2015 muss dafür genutzt werden, konkrete Ansätze zur gerechten Gestaltung der Globalisierung voranzubringen, in dem die Industriestaaten selbst mit gutem Beispiel voran gehen. Dazu gehören die Armutsbekämpfung, der Erhalt der biologischen Vielfalt, gemeinsame Antworten auf den Klimawandel und die Gestaltung eines gerechteren Handelssystems. Dafür braucht es starke Vereinte Nationen. Konkrete Ergebnisse in diesen Bereichen sind für uns Maßstab für Erfolg oder Misserfolg der deutschen G7-Präsidentschaft.

Für uns Grüne sind im Zusammenhang mit dem Außenministertreffen der G7 in Lübeck folgende Punkte entscheidend.

1. Grundrecht auf Versammlungsfreiheit schützen: Das restriktive Demonstrationsverbot 2007 in Heiligendamm war rechtswidrig. Wir Grüne werden darauf achten, dass die Versammlungsfreiheit ständig gewahrt wird und nicht aufgrund von Sicherheitsinteressen ins Abseits gerät. Dazu gehört auch, dass schon im Vorfeld die Interessen der DemonstrantInnen berücksichtigt und ihnen genügend Raum für ihre Meinungsäußerung zur Verfügung gestellt werden. Und dazu gehört, dass schon bei der Erarbeitung des Sicherheitskonzeptes die Interessen der DemonstrantInnen, der betroffenen Kommunen und ihrer EinwohnerInnen berücksichtigt werden. Wir werden die Einladung der Polizei zur Beobachtung der Demonstrationen in Lübeck wahrnehmen.

2. Finanzielle Ausgaben müssen im Rahmen bleiben: Aufwand und Nutzen der Sicherheitsmaßnahmen müssen in einem vernünftigen und bezahlbaren Verhältnis bleiben. Wir erwarten umfassende Transparenz über die anfallenden Kosten und die genaue Aufteilung der Übernahme zwischen Land und Bund.

3. Wir Grünen werden uns dafür einsetzen, dass in der Öffentlichkeit und im Umfeld aller diesjährigen G7-Treffen die folgenden Themen besonderes Gewicht bekommen:

- Glaubwürdiger Klimaschutz und Erneuerbare Energien statt Kohle, Atomkraft und Krieg um Öl.
- Verlässliche Finanzierungszusagen für die globalen Nachhaltigkeitsziele.
- Verbot von landwirtschaftlicher Gentechnik statt Patente auf Lebewesen.
- Eine humanitäre Flüchtlingspolitik in Deutschland und Europa.
- Stärkung der Vereinten Nationen.
- Gemeinsames verstärktes Engagement für eine globale Friedensstrategie und zur Bekämpfung der humanitären Krisen, z.B. in der Ukraine, in Westafrika, in der Region um Syrien und Irak, im Südsudan und in der Zentralafrikanischen Republik.
- Schutz der Bürgerrechte und des Rechts auf freie Meinungsäußerung.

Wir bitten die schleswig-holsteinische Landesregierung, nicht nur Geld für die Ausrichtung des Außenministertreffens auszugeben, sondern auch den sachlichen, zivilgesellschaftlichen Dialog zu den Treffen selbst sowie zu den genannten Themen zu befördern.